

# Berliner Tageblatt

Für unerlaubte Einsendungen übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

## und Handels-Zeitung

Verleger: Theodor Wolff in Berlin, Druck und Verlag von Rudolf Wolff in Berlin.

# Straßenkämpfe in Magdeburg.

### Berlin — München.

# Die Einigung über die Friedenspräliminarien?

## Wilson's Zustimmung noch ausstehend.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Paris, 9. April. Wilson hat sich für die Einigung über die Friedenspräliminarien noch nicht entschieden. Der Generalsekretär der Friedenskonferenz ist am Montag zusammen mit verschiedenen anderen Delegierten wieder in Versailles angetommen, um dort die Räume, in denen das Friedensabkommen vorgelegt und unterzeichnet werden soll, in Ordnung zu bringen. Die Gemeindebehörden von Versailles treffen vorbereitende Maßnahmen für die Unterbringung der deutschen Bevollmächtigten. Es wurde eine Sonderpostkarte hergestellt, die die Aufschrift: 'Versailles, Congrès de la Paix' trägt.

'New York Times' schreiben: 'Wilson ist entschlossen, seine eigenen Grundsätze hochzuhalten, denen alle anderen Nationen nur mit den Lippen dienen. Er will an den Waffenstillstandsbedingungen festhalten auf Grund deren die Verbündeten sich gegenüber Deutschland bereit erklärt haben, eine bestimmte Linie zu befolgen. Wilson verweist einigen seiner euro-

päischen Bundesgenossen die Tendenz, auf der Konferenz die Waffenstillstandsbedingungen zu misshandeln und die vierzehn Punkte auf eine Weise, die nicht beabsichtigt war, auszulagern, lediglich, um besonderen eigennützigen Zielen zu dienen. Trotzdem glaubt man in Paris immer noch nicht, daß es zu der angekündigten Abreise kommt und daß alles Trostlos sowohl der Amerikaner als der Italiener oder sonst irgend jemandes, die Konferenz vor dem Ende zu verlassen, doch nicht vermieden wird.

Auch Lloyd George ist, wie es heißt, leicht erkrankt. Infolgedessen hat der Berrerrat heute überhaupt nicht verhandelt. Obgleich Wilsons Feinde auch in Amerika sein ganzes getriggtes Auftreten lediglich als Mist hinstellen wollen, kann es doch nicht bedeutungslos sein, daß dieser 'Mist' durch offizielle Kanäle erfolgt und heute von neuem auf die Möglichkeit eines Appells Wilsons an die Welt hingewiesen wird. In dieser Veröffentlichung würde ausgesprochen werden, daß Amerika der Welt ein Versprechen gegeben habe, das es halten müsse. Die außerordentliche Beweiskraft der Verhandlungen steht daraus hervor, daß die Amerikaner heute ausdrücklich erklären, sie teilen nicht die von Frankreich und England geäußerte Meinung, daß in den entscheidenden Punkten der Schadenerlösforderung eine Einigung schon erreicht ist.

Die beabsichtigte Vollziehung des Ausschusses für den Völkerverbund, die heute stattfinden sollte, ist abgefallen.

haben die Radikalen zwar nicht die Mehrheit, aber die größere Energie, und der 'Vorwärts' irrt offenbar, wenn er an ein Ueberwiegen seiner Parteigenossen glaubt. Und warum sollen Lipp und Landauer nicht ebenso gedrückt und begrüßt werden wie Bela Kun?

## General Märker in Magdeburg.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

N. Magdeburg, 9. April. Heute früh sind die Regierungstruppen in Magdeburg eingerückt, seldmarckmäßig ausgerüstet, mit leichten und schweren Maschinengewehren versehen. Von den Truppen wurden alle öffentlichen Gebäude besetzt und der Bahnhof gesichert. Die Regierungstruppen, das Landjägerkorps, stehen unter dem Befehl des Generals Märker, der das Kommando in Magdeburg übernommen hat. Der Belagerungszustand ist dahin zurückgeführt worden, daß nach 7 Uhr abends niemand mehr auf der Straße sein darf. Es ist außerdem an allen Straßen die Anforderung durch Zettelanschlüsse ergangen: 'Nicht stehen bleiben, sonst wird scharf geschossen!' Der Komplatz ist von Regierungstruppen umfaßt. Die Versammlung der Streifenkomitee aber stattfinden. Es wurde erneut der Beschluß gefaßt, so lange im Ausnahmezustand zu verharren, bis Brandes freigelassen ist. Die Verammelten, wieder mehrere tausende, gingen trotz einander. Während der Reden der Führer lösten viele Rufe: 'Gott uns Helfen!' aus der Menge. Die Erregung ist bis zur Siebechige gesteigert. Die Regierungstruppen haben die Hauptstraßen besetzt und schritten den wieder aufgenommenen Verkehr der Straßen. Die Truppen haben bereits scharf geschossen. Ein Loter und zwei Verwandte liegen auf dem rechten Wege. Gestern abend fanden Straßenkämpfe statt, wobei Blut floss. Es wurde verurteilt, das Gebäude der sozialistischen 'Werkstätte' zu räumen, wobei sich ein lebhafter Beschäftigter entpann. Von beiden Seiten wurden Handgranaten geworfen, wobei es einen Toten gab und mehrere Verwundete. Besonders lebhaft war die Schießerei an der Hauptpost. Vorher war es zu Kämpfen um die Poststelle gekommen, die von regierungstreuen aktiven Interoffizieren besetzt wurde. Die Aufrechter hatten auch hier einige Verwundete.

## Politischer Generalfreitag in Braunschweig.

Vertragung des Landtags.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Sch. Braunschweig, 9. April. Auf Veranlassung des revolutionären Aktionsausschusses ist heute vormittag 9 Uhr die Arbeiterkraft der Stadt Braunschweig in den Generalfreitag getreten. Der Eisenbahn- und Straßenbahnverkehr ruht vollständig; der Postbetrieb teilweise. Die Banken und Zeitungshäuser sind geschlossen. Auf der ersten großen Massenversammlung, die im Laufe des Vormittags stattfand, sprach der ehemalige Präsident Merges. Er begründete die Verbindung Deutschlands mit der russischen Sowjetregierung als einzige Rettung für das am Abgrunde angelangene Deutschland. Unter dem Beifall der Versammlung forderte Merges die Ausrufung der Räterepublik Braunschweig, sofortige Verbindung mit den Räterepubliken Rußland, Ungarn und Bayern, restlose Beilegung des Militarismus und Kapitalismus in Deutschland und der ganzen Welt, Abschaffung der Regierung (Ebert, Scheidemann und Kossel), Auflösung der Nationalversammlung und aller Land-

tage in Deutschland, Freilassung aller politischen Gefangenen, die Entfernung der Reichsstaatslisten aus der Braunschweiger Regierung sowie die allgemeine Weltrevolution.

Gegen Mittag zog ein großer Demonstrationsszug mit Musik durch die Stadt. Der Landtag hat seine heutige Sitzung plötzlich abgebrochen und sich auf unbestimmte Zeit vertagt. Heute nachmittag tritt der neu gewählte Landesrat zusammen zu einer dringenden Sitzung zusammen, um sich als einzige souveräne Macht in Braunschweig auszurufen. Weitere wichtiger Ereignisse sind für heute nachmittag und die nächsten Tage angedeutet.

## Die sozialen Maßnahmen der bayerischen Räterepublik.

Beislagnahme der Wohnungen. — Sozialisierung der Presse. — Gegen den Scheidhändler.

(Telegramme unserer Korrespondenten.)

München, 9. April. Über die gefragten Beisläge des Zentralrates bezüglich der einschneidenden Maßnahmen in den Wirtschaftskreisen wurde im heutigen Morgenrat bereits in den Hauptpunkten berichtet. Was die Beislagnahme der Wohnungen anbelangt, ist es interessant zu erfahren, wie sich der Wohnungskommissar für Bayern die Behebung der Wohnungsnot denkt und mit welcher rigorosen Maßnahmen er durch seine Verwendung vorgehen will. Es sollen sämtliche Wohnungen Wohnräume in Bayern beschlagnahmt werden. Damit geht also das Verfügungsrecht über freie und freiverwendbare Wohnräume auf die Gemeinden über. Die Veräußerung von Häusern an Personen, die vor dem 1. August 1914 nicht ihren Wohnsitz in Bayern hatten, kann nur mit Zustimmung des Wohnungskommissars für das Wohngebiet erfolgen. Die Veräußerung von Häusern an sonstige Personen und die anderweitige Verwendung von Häusern bedarf der Zustimmung durch die Gemeinden. Private Vermittlung von Wohnungen ist verboten. In den Gemeinden mit Wohnungsnot müssen die Wohnungen rationiert werden, das grundsätzlich für jeden einzelnen Haushalt nur ein Zimmer mit Küche erlaubt wird, für jede Familie eine Mindestzahl von Schlafzimmern, ein einm. Wohnraum. Nur in besonderen Fällen können ein oder mehrere Arbeitsräume von der Gemeinde zugebilligt werden. Alle anderen Räume sind sofort der Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen. Inwiderhandlungen und Umgehungen werden mit Geldstrafe bis 100 000 Mark oder mit Gefängnis bis zu einem Jahr bestraft.

Von der Sozialisierung der Presse

haben wir ebenfalls bereits berichtet. Es ist bemerkenswert, daß heute die 'Münchener Nachrichten' mit der Erklärung erschienen sind, daß sie es abgelehnt haben, sich der Zensur der Pressebeihilge zu unterwerfen. Infolgedessen hat die Pressebeihilge des provisorischen Zentralrats die Redaktion dieses Blattes übernommen.

Die Eingliederung des Beamtenkörpers in die neue Staatsform wird mit Hilfe des Verbandes des deutschen Berufsbeamten und der bayerischen Beamtenvereinigungen, der größten Arbeitgeberverbände der Beamten, in etwa folgender Art verhandelt: Alle Beamten und Beamtinnen haben in der Pflicht zu erfüllen, sich zu verhalten, die politische Entscheidung durch Arbeitserfüllung nicht zu beeinflussen. Leiter der Beamten, die sich der Neutralität widersetzen, werden abberufen. Sie können aber anderen Posten verwendet werden. Falls sie sich weigern, r-

Da Demonstrationsszüge erwartet wurden, hatten die Regierungstruppen heute vormittag im Zentrum und im Westen Berlins die angekündigte Absperrung vorgenommen und die wichtigsten strategischen Punkte besetzt. Die Demonstrationen erfolgten nicht, und die militärischen Maßnahmen wurden, um den Verkehr nicht unnötig zu behindern, eingestellt. Besonders im ferneren Westen Berlins werden ja immer wieder neue Gerüchte herumgetragen, die von partaischischen Untersuchungen wissen wollen. Sollten solche Untersuchungen geplant werden, so werden sie vielleicht nicht gerade an einem Tage beginnen, an dem man besonders darauf vorbereitet ist. In einem Generalfreitag wird ausbleibend nicht mehr gedacht. Die große Masse der Berliner Arbeiterkraft weiß, daß es nur die einfache traurige Wahrheit ist, wenn gesagt wird, die unablässigen Streiks trieben Deutschland in den Abgrund hinein. Im Rätekongress und in ihren Blättern behaupten jetzt die Unabhängigen, niemals habe einer der Jünger für den Generalfreitag agitiert. Natürlich nicht.

In Bayern organisiert die nach Bamberg geschickte rechtsfähige — weil durch die Volksvertretung ernannte — Regierung den Widerstand. Wahrscheinlich nicht sie die ihren geliebten Truppen an einem geeigneten Orte zusammen. Man muß sagen, daß die nicht vom Volkswissen aus angelegten Volkstreue in Bayern, und besonders in München, etwas länger bei den Ereignissen untätige Zuschauer geblieben sind. Gerner hatte jede Bildung einer Schutzwehr verhindert, und die Leute, die ein etwas härteres Urteilsvormögen als er besaßen und sich von theatralischen Phrasen nicht blenden ließen, haben nicht rechtzeitig zu praktischer Arbeit die Hände gerührt. Jetzt hat man die 'Räterepublik' und nun beginnt Bayern, das ja noch nicht völlig ein Volkswissen ist, die Notwendigkeit energischen Handelns einzusehen. Sogar die Münchener, die mit sogenannter Würde den ganzen grotesken Unflug der Herren Neurath, Mühlstein, Landauer, Ipp und Konsorten bisher wie einem Festungstrübel zugehört hatten, haben in den Augenblick, wo man ihnen die Waffen überreicht, die Wirklichkeit gemerkt. In Nürnberg, wo bisher die Wehrdienstsozialisten unbehelligbar waren, scheint allerdings eine feste Mobilisierung der Arbeitermassen eingetreten zu sein. Die Unabhängigen haben dort in vielen Betrieben den Streik erzwungen, fordern den Ausmarsch an die Münchener Räterepublik und haben, wie das nun schon kennen, viele der beschäftigungslos herumstehenden Soldaten oder ehemaligen Soldaten, von der Schönheit ihrer Sache überzeugt, die Bauernschaft, bei der die Entschiedenheit liegen dürfte, hat, wie ein heute früh wiedergegebenes M. F. B. Telegramm meldete, vom 8. April an die Lebensmittelpresse aller Münchener und Augsburg verhängt. Sollte sie diesen Plan ausführen, so wird die Existenz der Räterepublik wahrscheinlich nicht von langer Dauer sein.

Diese Münchener Räterepublik muß in jedem Falle an ihrem Überleben, an der unerlässlichen Abgeschlossenheit ihrer Gewaltmittel und an ihrer Räterepublik sehr bald zugrunde gehen. Die Herren Unabhängigen, Kommunisten, Anarchisten und Volkswissen dort fahren fort, sich untereinander um die Macht zu balgen, und das Ganze ist, obwohl die eigentlichen Bayern dabei von Berliner, Wiener, Markthauer und sonstigen Räteführern geleitet werden, eine Kauferei, bei der nach Vorwort der Freund den Freund und der Nachbar den Nachbar nicht schont. Allerlei Nachrichten, die aus München kommen, belegen, daß dort die reaktionären Elemente eine antisemitische Rede betreiben, und daß der Antisemitismus bei dem Bürgertum, angeführt von Walzens der Mühlstein, Landauer, Jaffé usw., in deutlicher Zunahme begriffen sei. Daß der Mob, den man ebenso gut mit antisemitischen Schlagworten wie mit bolschewistischen einfangen kann, sich gern beteiligen, ist eine Selbstverständlichkeit. Jeder vernünftige Mensch wird durchaus begriffen, daß die Münchener es sich nicht gefallen lassen wollen, von 'Philosophen', Anarchisten und Scheibern ausgeplündert zu werden, die fern von München geboren, im Berliner 'Café Großhans' als 'originelle Typen' betrachtet wurden, und nur ideenlose Papageien alter revolutionärer Lehrmeister oder des Bolschewismus sind. Der Herr Dr. Lewinen, der den Münchener Kommunismus befehligt, ist übrigens, wie erklärt wird, nicht Jude, sondern der Sohn eines deutschen Generalfeldmarschalls in Rußland, und hat anscheinend eine Vergangenheit, deren Aufhellung sich wohl empfiehlt. Man kann den Münchenern nicht empfehlen, diese Leute davon auszuweisen — und niemand kann zweifeln, daß ein gebildetes Volk diesen Schurkern, den Pharisäern und dunklen Geistlichen in widerstandlos den Hinterlassenen hat. Aber was hat die ungeheure Mehrheit der Juden mit diesen Gesandten, was hat sie mit den Schreibern der mehr oder minder bolschewistischen Zeitungen und ähnlichen Elementen zu tun? Antisemitismus ist, in München wie überall, abern, ungerecht und infam. Man behauptet seinen Antisemitismus gerichtlich auf diejenigen, über die jeder verständige Jude ebenso urteilt, wie jeder verständige Christ.

Der Rätekongress hat gestern an die Räterepublik in Ansoara — die das System des Terror bereits tadellos ausgebildet zu haben scheint — ein Begrüßungstelegramm geschickt. Die Münchener Räterepublik hat noch kein Telegramm bekommen, weil sie noch nicht anerkannt worden ist. Man wird das ja wohl noch nachholen, denn im Rätekongress